



SCHAFFT DER MINDESTLOHN MEHR SOZIALE SICHERHEIT IN EUROPA?

Die Geschichte und die verschiedenen Aspekte
eines gesetzlichen Mindestlohns in Europa

INHALTSVERZEICHNIS

Soziale Sicherheit

Als soziale Sicherheit bezeichnet man im engeren Sinne den Schutz vor den Folgen verschiedener Ereignisse, die als „soziale Risiken“ charakterisiert sind. Die Sozialpolitik strebt Maßnahmen zur sozialen Absicherung an und bemüht sich um die Ausgestaltung eines rechtlich strukturierten Systems der sozialen Sicherheit.

1 Der Mindestlohn

Eine Einleitung

2 Der Mindestlohn

Eine Einleitung

3 Der Mindestlohn und soziale Sicherheit

Eine Einleitung zu der sozialen Sicherheit in Deutschland

4 Italienische Bevölkerung

Im Kampf für den Mindestlohn

5 Dänische Beschäftigungspolitik

Wie es auch ohne gesetzlichen Mindestlohn funktionieren kann

6 Interview mit Franco Sillini

Ein Geschäftsführer aus Italien

7 Interview mit Franco Sillini

Ein Geschäftsführer aus Italien

8 Interview mit Agnes Nielsen

Eine Pflegekraft aus Dänemark

9 Kommentare



DER MINDESTLOHN - EINE EINLEITUNG

In den Ländern der Europäischen Union, darunter auch Deutschland, gibt es einen gesetzlich oder tarifvertraglich festgelegten Mindestlohn für Arbeitnehmer, der diese vor Lohndumping und Armut schützen soll, auf der Basis von sozialer Gerechtigkeit, der Gewährleistung eines angemessenen sozialen Schutzes und der Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung. Dafür hat die EU eine Richtlinie (EU 2022/2041) über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union erlassen. Richtlinien sind für die Mitgliedstaaten der EU verbindlich, jedoch müssen diese für die Anwendungen in den einzelnen Ländern noch in

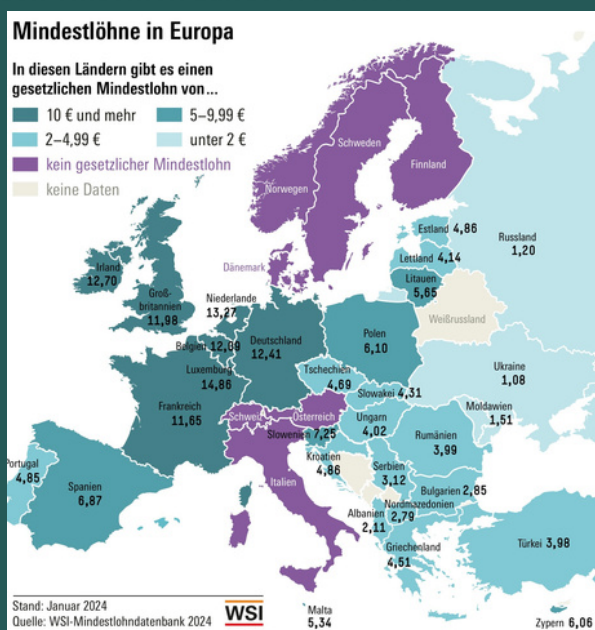
ihr nationales Recht umgesetzt werden. Dabei sollte jedes Land die Höhe des Mindestlohnes mindestens auf der Grundlage der sozioökonomischen Bedingungen, der Kaufkraft, des Produktionsniveaus und der jeweiligen nationalen wirtschaftlichen Entwicklungen unter Wahrung der Tarifautonomie auf transparente und verlässliche Weise festlegen.

In den EU-Mitgliedstaaten gibt es zwei Arten von Mindestlöhnen: Gesetzliche Mindestlöhne: Sie werden durch Statuten oder formelle Gesetze geregelt. Die meisten Mitgliedstaaten haben solche Regelungen. Tarifliche Mindestlöhne: in fünf EU-Ländern (Österreich, Dänemark,

ist eine vom Staat oder von den Tarifparteien festgelegte Lohnuntergrenze, die Arbeitgeber ihren Angestellten mindestens zahlen müssen. Dies soll jeden, vor allem jedoch die Arbeitnehmer im Niedriglohnssektor, aber auch Frauen, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen, sowie mit geringer Verhandlungs- und Vertretungsmacht vor Ausbeutung bewahren, sodass jeder Arbeitnehmer die Chance hat, die Kosten für seine Grundbedürfnisse wie Wohnen, Essen und Gesundheit abdecken zu können und ihnen damit ein angemessener Lebensstandard ermöglicht werden kann.

Zudem zielt der Mindestlohn auf eine gerechtere Bezahlung ab, besonders in Branchen, in denen viele unqualifizierte Arbeitnehmer angestellt sind. Es soll damit auch vor allem der Wohlstand der Geringverdiener verbessert werden, indem der festgelegte Mindestlohn sie vor „Working Poor“ („Arm trotz Arbeit“) bewahrt.

Angemessene Mindestlöhne kommen der Gesellschaft und auch der Wirtschaft zugute, denn sie können zu mehr Kaufkraft und zu mehr Fairness auf dem Arbeitsmarkt führen, Arbeitsanreize stärken, zu



MINDESTLOHN - EINE EINLEITUNG

weniger sozialen Ungleichheiten, sowie zu mehr wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt beitragen.

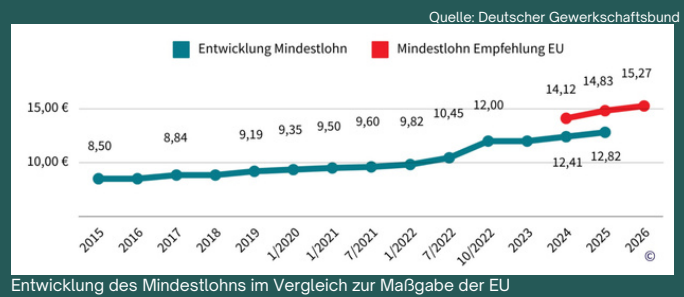
Andererseits hat sich gezeigt, dass viele Klein- und mittelständische Unternehmen Probleme haben die festgelegten Mindestlöhne zu zahlen und das hat wiederum Entlassungen oder ein geringeres Stellenangebot zur Folge. Außerdem schränkt der Mindestlohn die Voraussetzungen für eine freie Marktwirtschaft ein. Auch werden Dienstleistungen oder Produkte des alltäglichen Lebens durch die Zahlung von Mindestlöhnen teurer. All das führt zu einem wirtschaftlichen Abschwung, die daraus resultierenden Folgen erfahren oftmals die Mindestlohnbezieher am stärksten. Die Armut trotz Erwerbstätigkeit in der EU hat im zurückliegenden Jahrzehnt zugenommen, und mehr Arbeitnehmer sind aktuell von Armut betroffen. Deshalb stellt sich die Frage, ob der Mindestlohn die Arbeitnehmer wirklich vor Armut bewahren kann?

Auch in Deutschland ist der Mindestlohn ein stark diskutiertes Thema. Hier zu Lande ist dieser seit 2015 im Arbeitsrecht über das Mindestlohngesetz verankert. Der Mindestlohn wird als Bruttobetrag angegeben, also vor Abzug von

Steuern, Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung. Wie viel davon netto übrig bleibt, hängt dann von der Steuerklasse, dem Familienstand oder der Anzahl der Kinder der Mindestlohnbezieher ab.

Als am 01. Januar 2015 der Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro brutto die Stunde in Deutschland eingeführt wurde, war nicht anzunehmen, dass dieser so rasant ansteigen müsse. Seit Januar 2025 beträgt der gesetzliche Mindestlohn 12,82 Euro. Allerdings empfiehlt die EU einen Mindestlohn von 14,83 Euro mit steigender Tendenz. Die Inflation bereitet vielen Menschen große Probleme und es sprechen sich eine Vielzahl von Politikern für eine Anpassung bzw. Steigerung des Mindestlohns aus, da dieser im Vergleich zu den anfallenden Kosten der menschlichen Grundbedürfnisse deutlich zu niedrig ist.

In Deutschland gibt es ein neutrales Gremium zur Festlegung des Mindestlohns, welches sich aus Vertretern von



Unternehmen, Gewerkschaften und Wissenschaft zusammensetzt. Es gibt alle zwei Jahre eine Empfehlung zur künftigen Mindestlohnhöhe ab. Die Anpassung des Mindestlohns erfolgt dabei unter Berücksichtigung der Tarifentwicklung und der wirtschaftlichen Lage. Das Hauptziel besteht darin, Arbeitnehmern einen Mindestschutz zu gewährleisten, ohne dabei Arbeitsplätze zu gefährden. Die Bundesregierung orientiert sich dann an der Empfehlung dieser Kommission.

In 22 der 27 EU-Mitgliedstaaten gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn, der allerdings in jedem Land an die dort vorherrschenden Bedingungen angepasst ist. Dänemark, Schweden, Finnland, Österreich und Italien, Länder in denen kein gesetzlicher, sondern ein tariflicher Mindestlohn existiert,

MINDESTLOHN - EINE EINLEITUNG

bilden somit eine Ausnahme. Wie man an dem Beispiel Dänemarks allerdings beobachten kann, funktioniert der Arbeitsmarkt auch ohne Mindestlohn gut und bietet den Beschäftigten faire Konditionen. Allerdings gibt es auch Negativbeispiele, wie Italien, wo die Menschen aufgrund zu geringer Einkommen, beginnen zu protestieren, da sie ihren Lebensunterhalt nicht mehr zahlen können.

Abschließend lässt sich feststellen, dass der gesetzliche Mindestlohn ein Mittel für die existenzsichernde, gerechte Entlohnung der Arbeitnehmer darstellen kann und die Wirtschaft voranbringt, wenn die nationalen Voraussetzungen in dem jeweiligen EU Mitgliedstaat dafür geschaffen sind.



Foto: dpa

Demonstranten für einen höheren Mindestlohn

Mindestlohn und soziale Sicherheit in Deutschland

Soziale Sicherheit wird dann gewährleistet, wenn allen Mitgliedern einer Gesellschaft ein menschenwürdiger Lebensstandard garantiert wird.

In Deutschland herrschen drei Grundelemente der sozialen Sicherheit. Das Versicherungsprinzip, welches besagt, dass eine Gesellschaft zusammen für mögliche soziale und wirtschaftliche Risiken aufkommt. Dazu zählen die Krankenversicherung oder die Rentenversicherung. Dafür wird ein Teil des Einkommens der Versicherten genutzt. Das zweite Grundelement ist das Versorgungsprinzip, welches besagt, dass der Staat die öffentliche Versorgung, etwa Rettungskräfte, Soldaten oder Gruppen, die erhebliche Schäden erlitten haben. Dies wird aus Steuermitteln finanziert. Das Dritte Grundelement ist das Fürsorgeprinzip, was besagt, dass der Staat und die Gesellschaft für das Gemeinwohl der Bürger verantwortlich sind, sodass alle grundlegenden Bedürfnisse der Gesellschaft erfüllt werden, dazu zählt zum Beispiel Jugendhilfe. Dies wird ebenfalls durch Steuermittel gewährleistet.

Doch was hat das mit dem gesetzlich festgelegten Mindestlohn zu tun?

Der gesetzlich festgelegte Mindestlohn stellt sicher, dass alle Erwerbstätigen einen fairen und angemessenen Lohn für ihre geleistete Arbeit erhalten, wodurch ihre Grundbedürfnisse

befriedigt werden. Dementsprechend wird garantiert, dass die Mehrheit der Bürger über ein sicheres monatliches Einkommen verfügt und ein stetiges Einzahlen in soziale Versicherungen gewährleistet wird. Zudem kommt, dass der Staat zusätzlich mehr Steuermittel zur Verfügung hat, was vor allem Menschen mit Behindertenstatus und anderen hilfsbedürftigen Mitgliedern der Gesellschaft zu gute kommt. Außerdem wird die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gestärkt, da mehr Menschen am wirtschaftlichen Leben teilnehmen können und ihre Kaufkraft steigt.

Der gesetzlich festgelegte Mindestlohn trägt also wesentlich zu der sozialen Sicherheit in Deutschland und allen anderen EU Ländern bei, da durch ihn Menschen aus verschiedenen Lebenslagen und Altersklassen unterstützt und vor sozialen und wirtschaftlichen Risiken geschützt werden.

Italienische Bevölkerung

Im Kampf für den gesetzlichen Mindestlohn



Demonstration von Italienern

Foto: Pacific Press Agency / Imago Images

„Jeder Arbeitnehmer hat das Recht auf ein Gehalt das ausreicht, um ihm und seiner Familie ein freies und würdevolles Leben zu ermöglichen“

Und trotzdem verdienen mehr als 3,6 Millionen der etwa 24 Millionen Beschäftigten in Italien weniger als 9€ pro Stunde. Denn Italien ist eines der fünf EU-Länder, welches bisher keinen gesetzlich festgelegten Mindestlohn eingeführt hat. Und so soll es auch laut der aktuellen Ministerpräsidentin Georgia Meloni des Mitte-rechts Spektrums bleiben, obwohl die Reallöhne immer weiter sinken und 70% der Beschäftigten für die Einführung des Mindestlohns sind. Doch das Meloni Kabinett setzt dabei eher auf die Verbesserung der Tariflöhne. Etwa 70 % der Arbeitnehmer in Italien sind im Dienstleistungssektor beschäftigt, der also dementsprechend zugleich die höchste Zahl an Arbeitgebern in Italien aufweist. Wähler des Kabinetts Melonis sind hauptsächlich die Klein-

und Mittelunternehmen im Dienstleistungssektor, die bereits aufgrund der niedrigen Arbeitskosten hohe Gewinne erzielen und von den flexiblen Löhnen stark profitieren. Somit liegt die Interesse bei der Mehrheit der Arbeitgeber nicht bei dem geforderten Mindestlohn der Opposition, weil sie dadurch starke Verluste zu befürchten haben. Das ist ein großes Problem der Mehrheit der Beschäftigten, die gerade mal etwa 4€ (Bewachungsgewerbe) bis 7,50€ (Tourismusbetriebe) die Stunde verdienen und sehr knapp am Existenzminimum sind. Dazu kommt, dass viele Arbeitnehmer in Italien zusätzlich etwa 8% ihrer Kaufkraft während der Corona Pandemie durch die Inflation verloren haben.

All das macht einen Großteil der Berufstätigen sehr wütend, vor allem weil ihre Gewerkschaften keine große Hilfe sind, da diese selbst Angst haben, dass der Staat ihre Rechte einschränkt. Die gelobte Tarifautonomie Melonis ist laut der Mehrheit also momentan keine passende Lösung für die italienischen Arbeiter, auch wenn die Regierung diese als ausreichend empfindet. Deshalb spricht die Mehrheit der Beschäftigten den neuen Mindestlohn- Standards der EU zu.

Dänische Beschäftigungspolitik

Wie es auch ohne gesetzlichen Mindestlohn funktionieren kann



Foto: The Prime Minister's Office

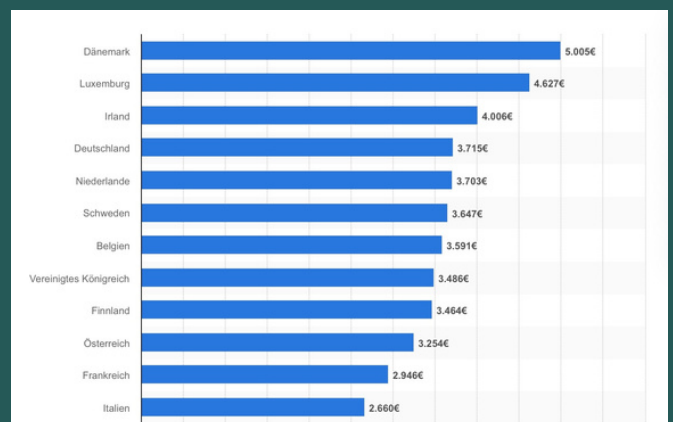
Premierministerin Mette Frederiksen
Neujahrsansprache am 1. Januar 2025

Dänemark hat ebenfalls keinen gesetzlichen Mindestlohn, hat jedoch den höchsten Bruttomonatsverdienst in Europa

Nun klagt die dänische Regierung gegen die Mindestlohn- Standards der EU. Ähnlich wie in Italien sind etwa 80% der Beschäftigten in Dänemark an Tarifverträge gebunden. Jedoch hat das sogenannte dänische Modell das „Flexicurity- Modell“ und Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben eine verhältnismäßig hohe Tarifbindung. Denn Dänemark kombiniert Flexibilität und Sicherheit für sowohl den Staat und Arbeitnehmerorganisationen als auch Arbeitgeberverbände. Diese müssen sich lediglich an einige gesetzlichen Regulierungen halten, haben ansonsten jedoch alle Freiheiten, ihre Lohn- und

Arbeitsbedingungen an ihre jeweilige Branche anzupassen. Dazu kommt, dass etwa zwei drittel der Beschäftigten in einer Gewerkschaft sind, wodurch mehr Personen an einen Tarifvertrag gebunden werden. So sind besonders viele Arbeitnehmer unter einem Tarifvertrag und bekommen dadurch eine immer höhere Verhandlungsposition. Die sozialdemokratische dänische Regierung Frederiksen || möchte nun gegen die EU Mindestlohn- Standards vorgehen, da diese zu einer sinkenden Tarif- Quote unter 80% führen könnte und der gesetzliche Mindestlohn dementsprechend eingeführt werden müsste. Die aktuellen

Tariflöhne sorgen dafür, dass die meisten Arbeitnehmer mehr verdienen, als es ein gesetzlicher Mindestlohn bieten könnte und die hohen Löhne vieler Erwerbstätigen sowie das „Flexicurity- Modell“ wären in Gefahr.



(Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst von Vollzeitbeschäftigten in den Ländern der Europäischen Union (EU) im Jahr 2018)

Interview mit Franco Sillini aus Italien



Karikatur der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni

Karikatur: Nicholas Farrell- The Spectator

Franco Sillini: Buongiorno, mein Name ist Franco Sillini. Ich bin 40 Jahre alt, selbstständig und leite seit fünf Jahren ein kleines Reinigungsunternehmen mit neun Angestellten in Parma (Norden Italiens).

Magazin: Italien ist eines der fünf EU - Länder, in denen es keinen gesetzlichen, sondern einen nationalen tarifvertraglichen Mindestlohn gibt. Die EU - Richtlinien sehen dabei eigentlich vor, dass es zu fairen und angemessenen Löhnen und Arbeitsbedingungen kommt. In Italien verdienen über fünf Millionen Arbeitnehmer weniger als 10 000 Euro im Jahr, was einem Durchschnittsgehalt von ca. 830 Euro entspricht. Aktuell ist es so, dass viele Beschäftigte in Ihrem Land aufgrund der niedrigen Lohnzahlungen demonstrieren. Haben Sie Verständnis für den Unmut der Arbeiter?

Franco Sillini: Grundsätzlich habe ich Verständnis dafür, dass jeder Arbeitnehmer eine Vergütung erhalten möchte, die ausreicht, um ihm und seiner Familie ein freies und würdevolles Leben zu ermöglichen. Ich bezahle meine Mitarbeiter nach dem für die Branche des Reinigungsgewerbes ausgehandelten Tarifvertrag und verstoße somit gegen keine Vorgaben der EU. Primär liegt mein Fokus als Unternehmer allerdings auf dem wirtschaftlichen Wachstum meines Betriebes, damit ich wettbewerbs- und konkurrenzfähig bleibe. Würde mein Unternehmen nicht auf einem gesunden gewinnbringenden Fundament stehen, würde es neun Arbeitslose mehr in Italien geben.

Magazin: Sie als Unternehmer erzielen Gewinne „auf dem Rücken“ ihrer Mitarbeiter. Wo bleibt da der soziale Aspekt?

Franco Sillini: Ich muss ja nun einmal auch Rücklagen für wirtschaftlich schlechtere Zeiten einplanen und von den Gewinnen in neue betriebliche Weiterentwicklungen investieren, muss Firmenfahrzeuge finanzieren, Arbeitskleidung zur Verfügung stellen und das Putzequipment oft erneuern. Auch trage ich ein hohes finanzielles Risiko, muss regelmäßig für die Löhne meiner Mitarbeiter aufkommen, sowie Steuerzahlungen an den Staat

Interview mit Franco Sillini aus Italien



Karikatur der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni

Karikatur: Nicholas Farrell- The Spectator

abführen und den Arbeitgeberanteil für die Sozialabgaben wie die Berufshaftpflicht-, Kranken- und Rentenversicherung zahlen. Dort sollte es von Seiten des Staates höhere Entlastungen für uns Unternehmer geben, dann würde für die Beschäftigten auch eine höhere Entlohnung möglich sein. Somit muss auch ich für meine Existenz kämpfen, um den Betrieb und die Familie gut versorgt zu sehen.

Magazin: Laut Umfragen zufolge sprechen sich rund 70 Prozent der Italiener für einen gesetzlichen Mindestlohn aus. Was halten sie davon?

Franco Sillini: Das Thema ist zum Glück vom Tisch, da unsere Regierung die Einführung eines Mindestlohns mit Verweis auf die nationalen Tarifverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften bereits abgelehnt hat.

In Italien kommt das starke Nord-Süd-Gefälle hinzu, da die Lebenshaltungskosten stark divergieren. Das Leben im Norden ist viel teurer als im Süden. Da müssten sonst noch territoriale Differenzierungen vorgenommen werden.

Außerdem befürchte ich, dass es durch die Etablierung eines Mindestlohns zu einer Entlassungswelle und Insolvenzen kommen wird, weil viele Unternehmen nicht in der Lage sind, diese Löhne zu zahlen.

Ein Vorschlag zur Güte wäre meiner Meinung nach, dass es regelmäßiger zur Ausarbeitung und Festlegung von Tarifverträgen der verschiedenen Branchen kommt, damit die Löhne zeitgemäßer an Inflationen oder konjunkturellen Schwankungen angepasst werden. Das ist in Italien in letzter Zeit leider oftmals verpasst oder verschoben worden.



Foto: Jens Thaysen/Jysk Fynske Medier
/Ritzau Scanpix

Pflegepersonal beim Arbeitskampf für weitere Tarifverhandlungen

Interview mit Agnes Nielsen, einer Pflegekraft aus Dänemark

Agnes Nielsen: Hallo, mein Name ist Agnes Nielsen. Ich bin 36 Jahre alt und arbeite jetzt schon seit über 10 Jahren als Pflegekraft in einem Altenpflegeheim in Aarhus.

Magazin: In Deutschland wird immer wieder über die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns und die Bedeutung von Tarifverträgen diskutiert. Dänemark hat keinen gesetzlich festgelegten Mindestlohn, setzt jedoch stark auf Tarifverträge. Wie erleben Sie das in ihrem Arbeitsalltag?

Agnes Nielsen: Richtig, hier bei uns in Dänemark ist das System tatsächlich etwas anders. Statt eines staatlichen Mindestlohns regeln hier die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände die Löhne und andere Arbeitsbedingungen über Tarifverträge. Das funktioniert meiner Meinung nach auch sehr gut, da die meisten Menschen in der Pflegebranche und anderen Bereichen tariflich abgesichert sind. Das schafft soziale Sicherheit, auch ohne einen gesetzlichen Mindestlohn.

Magazin: Können Sie uns erklären, was sie unter sozialer Sicherheit verstehen?

Agnes Nielsen: Aber natürlich. Soziale Sicherheit bedeutet für mich vor allem, dass wir neben einem fairen Lohn und fairen Arbeitsbedingungen auch die Sicherheit haben, dass soziale Risiken beseitigt werden. Anders als in Deutschland wird bei uns die Krankenkasse, Rente und Altersversorgung von der Einkommenssteuer gezahlt. Und für die höhere Einkommenssteuer bekommen wir Dänen auch eine Reihe von sozialen Leistungen wie z.B. kostenlose Arzt- und Krankenhausbehandlungen. Soziale Sicherheit bedeutet also für mich, dass meine Arbeitsrechte geschützt sind und ich mich abgesichert fühle.

Magazin: Sie haben sicherlich schon von den neuen Mindestlohn- Standards der EU gehört. Was halten Sie davon?

Agnes Nielsen: Meiner Meinung nach ist der gesetzliche Mindestlohn grundsätzlich eine gute Idee, würde bei uns in Dänemark jedoch zu einigen Problemen führen. Denn unsere bestehenden Tarifverträge berücksichtigen einzelne Aspekte und Bedürfnisse von verschiedenen Branchen viel besser als ein staatlicher Mindestlohn. Zudem befürchte ich, dass die Tarifverhandlungen durch einen staatlichen Mindestlohn immer weiter umgangen werden oder komplett untergraben werden. Dadurch werden die Löhne und Arbeitsbedingungen nicht mehr auf eine bestimmte Branche angepasst und wir Arbeitnehmer verlieren unsere Verhandlungsposition. Jedoch ist vor allem uns Pflegekräften wichtig, dass in unserem System vermehrt darauf geachtet wird, dass Tarifverhandlungen nicht ins Stocken geraten, damit unsere Löhne weiterhin abgesichert werden.

Kommentare

Mindestlöhne bleiben maximaler Unsinn, weil sie Arbeitsplätze gefährden - Rainer Brüderle, ehemaliger Fraktionschef der FDP

Ich bin klar dafür, den Mindestlohn erst auf 14€, dann im nächsten Schritt auf 15€ anzuheben- Olaf Scholz, Bundeskanzler

Es hilft nichts, wenn der Mindestlohn steigt, aber meine Arbeitsstunden gekürzt werden- Einzelhandelfachkraft

Ein zu hoher Mindestlohn treibt Unternehmen ins Ausland- Unternehmensführer

Durch die Einführung des Mindestlohns habe ich viel mehr Geld zur Verfügung. Mein Lebensstandard hat sich total verbessert!- Pflegefachkraft

Wir fordern einen fairen Mindestlohn [...], um Armut wirksam zu bekämpfen und die Kaufkraft zu stärken- Ver.di

QUELLEN

<https://www.rainews.it/tgr/tagesschau/articoli/2023/06/opposition-demonstriert-gegen-unsichere-jobs-993bcee5-bdd4-4235-8d80-5facfce8c782.html>

<https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/mindestlohn-37240>

<https://de.euronews.com/business/2024/02/15/neue-eu-richtlinie-wie-sehen-die-mindestloehne-in-europa-im-jahr-2024-aus>

<https://factorialhr.de/blog/mindestlohn-2024/>

<https://www.arbeitgeber.de/themen/arbeitsrecht-und-tarifpolitik/mindestlohn>

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32022L2041>

<https://www.consilium.europa.eu/angemessenemindestl%25C3%25B6hneindereu/>

<https://www.euractiv.de/section/soziales-europa-jobs/news/daenische-und-schwedische-sozialdemokraten-kaempfen-gegen-mindestlohnrichtlinie/>

<https://www.rnd.de/politik/italien-kein-mindestlohn-mit-giorgia-meloni-TNYS5QJH6NFVBCOAHZQFSTV2L4.html>

<https://www.nordschleswiger.dk/de/daenemark-politik-wirtschaft-gesellschaft/deshalb-will-daenemark-eu-mindestlohn-nicht>

<https://www.lano.io/de/global-hiring/italien>

https://www.boeckler.de/pdf/ta_mldb_karte_de.pdf

https://de.wikipedia.org/wiki/Giorgia_Meloni#Positionen

https://de.wikipedia.org/wiki/Kabinett_Meloni

https://de.wikipedia.org/wiki/Politische_Parteien_in_Italien#:~:text=Im%20Mitte%20Drechts%2DSpektrum%20konnte,zur%20ersten%20weiblichen%20Ministerpr%C3%A4sidenten%20wurde.

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/200506/umfrage/erwerbstaetige-in-italien/>

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167740/umfrage/erwerbstaetige-nach-wirtschaftssektoren-in-italien/>

<https://www.deutschlandfunk.de/rechte-regierungsmehrheit-lehnt-mindestlohn-ab-102.html>

<https://www.stern.de/politik/ausland/italien-hat-keinen-mindestlohn--wir-leben-nicht--wir-ueberleben--33718906.html>

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/eu-einigt-sich-ueber-einheitliche-standards-bei-mindestloehnen-a-166653a5-d6d5-43b2-bbff-777a19caaadd>

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/183571/umfrage/bruttomonatsverdienst-in-der-eu/>

<https://www.nordschleswiger.dk/de/daenemark-politik-wirtschaft-gesellschaft-meinung-leitartikel/daenemark-sollte-beim-mindestlohn>

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/260295/umfrage/erwerbstaetige-in-daenemark/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Regierung_Frederiksen_II

<https://library.fes.de/pdf-files/id/gewerkschaftsmonitore/16052/2023-italien.pdf>

<https://de.statista.com/infografik/29372/laender-mit-hoehstem-anteil-von-gewerkschaftsmitgliedern-an-arbeitender-bevoelkerung/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Soziale_Sicherheit

<https://fastercapital.com/de/inhalt/Begriff--Soziale-Sicherheit.html#Was-ist-soziale-Sicherheit-und-warum-ist-sie-wichtig>

QUELLEN

<https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-der-chefoekonom-den-optimalen-mindestlohn-gibt-es-nicht/29238868.html>

<https://www.spectator.co.uk/article/is-giorgia-meloni-the-most-dangerous-woman-in-europe/>

<https://www.dgb.de/service/ratgeber/mindestlohn/#:~:text=Der%20allgemeine%20gesetzliche%20Mindestlohn%20wurde,die%20nicht%20unter schritten%20werden%20darf.>

<https://www.dgb.de/service/ratgeber/mindestlohn/#:~:text=Wie hoch ist der gesetzliche,etwa 2.220 Euro im Monat.>

<https://studyflix.de/wirtschaft/prinzipien-der-sozialversicherung-5984>

<https://afi-ipl.org/wp-content/uploads/2022-06-13-tgz.it-Mindestlohn-fuer-italien.pdf>

<https://www.spiegel.de/ausland/giorgia-meloni-rechte-regierungsmehrheit-in-italien-stimmt-gegen-mindestlohn-a-64a1a19d-390b-4b92-8a0c-b0329813ea1c>

<https://www.n-tv.de/politik/Ausbeutung-in-Italien-Warum-das-Land-auf-einen-Mindestlohn-verzichtet-article23391233.html>

<https://www.gtai.de/de/trade/unser-service/unser-onlineangebot/portal21/laender/italien/dienstleistungen/pflichtversicherung>

